

**DER BUNDESMINISTER
FÜR WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG**

Zl. 10.001/27-Parl/86

II-4718 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

Wien, am 20. August 1986

2174/AB

1986 -08- 21

zu 2235 J

An die
Parlamentsdirektion
Parlament
1017 WIEN

Die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 2235/J-NR/86
betreffend Auftragsvergabe beim Museumskonzept, die die Abge-
ordneten Dr. NEISSER und Genossen am 7. Juli 1986 an mich richteten,
beehre ich mich wie folgt zu beantworten:

ad 1.:

Vom Bundesministerium für Bauten und Technik und dem Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung wurden im Zusammenhang mit dem Museumskonzept keine parallelen Architektenaufträge vergeben. Der vom Bundesministerium für Bauten und Technik Anfang des Jahres 1985 erteilte Auftrag bezog sich sowohl auf das Areal der "ehemaligen Hofstallungen - Messepalast" als auch auf andere Standorte in Wien. Der vom Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Bauten und Technik Ende des Jahres 1985 erteilte Auftrag hat dagegen ganz konkret die Formulierung der Ausschreibungen des Architektenwettbewerbes für das Areal "Messepalast" zum Gegenstand. Dieser Architektenwettbewerb soll nach Klärung der Bebauungsmöglichkeit des Gesamtareals aus städtebaulicher und denkmalpflegerischer Sicht in einer zweiten Phase die musealen und urbanen Nutzungsmöglichkeiten des revitalisierten Altbestandes und der neuzuschaffenden Baumassen klären.

- 2 -

ad 2.:

Über Aufträge des Bautenministeriums kann nur das betreffende Ressort Auskunft geben.

ad 3.:

Wie bereits unter ad 1 ausgeführt, hat es keine parallele Auftragsvergabe gegeben. Hinsichtlich des Zeitplanes wird festgestellt, daß das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung Wert darauf gelegt hat, das Einvernehmen nicht nur mit den beteiligten Bundesdienststellen (Bundesministerium für Finanzen, Bundesministerium für Bauten und Technik, Finanzprokuratur), sondern auch mit der Ingenieurkammer herzustellen, und deshalb den Präsidenten der Ingenieurkammer für Wien, Niederösterreich und Burgenland um die Nominierung von Zivilingenieuren mit einschlägiger Wettbewerbserfahrung ersuchte. Diese Nominierung erfolgte im Sommer 1985. Nach Klärung wichtiger Vorfragen auf dem Gebiet des Denkmalschutzes und des Städtebaues sowie die Stadt Wien betreffend, wurden zum Jahresende 1985 die Architekten Dipl.-Ing. Erich BRAMHAS, Mag. Hermann CZECH und Dipl.-Ing. Helmut KUNZE mit der Wettbewerbsvorbereitung beauftragt.

ad 4.:

Die Ausschreibung des Wettbewerbes wird im Herbst 1986 erfolgen; für die Laufzeit sind im Hinblick auf die sehr wichtige Aufgabe der Revitalisierung dieses bedeutenden Teiles des Stadtkernes sechs Monate vorgesehen, zumal auch ausländische Architekten zur Wettbewerbsteilnahme eingeladen werden sollen. Nach Durchführung der Vorprüfung der eingereichten Wettbewerbsprojekte und Entscheidung der Jury werden sodann Ende Juni 1987 die Ergebnisse der ersten Wettbewerbsphase vorliegen, welche vor Beginn der zweiten Phase einer intensiven öffentlichen und fachöffentlichen Diskussion unterzogen werden sollen.

- 3 -

Zusammenfassend darf festgestellt werden:

So wie der angekündigte Umbau und die Renovierung der Schatzkammer auch tatsächlich durchgeführt wurde und im kommenden Jahr die unschätzbaren Objekte der Österreichischen Schatzkammer dem österreichischen und internationalen Publikum in neu adaptierten und besucherfreundlichen Räumlichkeiten präsentiert werden können und so, wie die angekündigten Verbesserungen im Kunsthistorischen Museum durchgeführt werden, und so, wie es auch zu Verbesserungen und räumlichen Erweiterungen im Naturhistorischen Museum kommen wird, und so, wie im Museum für angewandte Kunst eine Reihe von Neuerungen durchgeführt werden, so wird auch das schwierige und komplexe Problem eines Architektenwettbewerbes für die sogenannten Hofstallungen realisiert werden und im Anschluß daran die Neugestaltung der Hofstallungen für Museumszwecke und Kulturzwecke als Ergebnis einer Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Dienststellen des Bundes und der Stadt Wien in Angriff genommen und realisiert werden können.

